

## **Die Probleme des Demografieproblems**

Die Demografieentwicklung wird in Deutschland von der Bundesregierung und den Arbeitgebern regelmäßig problematisiert. Deutschland stünde vor einer gewaltigen demografischen Herausforderung. Immer weniger Junge müssen immer mehr Alte versorgen. Die Geburtenraten seien in Relation zu den Sterberaten zu niedrig. Dies sei in Zukunft ein großes Problem für unsere Volkswirtschaft. Und die Antwort lautet: Wir müssten im Sozialen kürzen und die bisher öffentliche Versorgung privatisieren, wir müssten den „Gürtel enger schnallen“ und könnten uns in einem Solidarsystem der gesetzlichen Sozialversicherungen nicht mehr alles erlauben. Wir müssten auch trotz bestehender Massenarbeitslosigkeit länger arbeiten (siehe Rente mit 67 und Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien). Und wir müssten die Arbeitsmärkte noch viel mehr flexibilisieren, sie von unnötigen Kündigungsschutzvorschriften und Tarifverträgen sowie den Gewerkschaften befreien und den schon extrem hohen Niedriglohnsektor weiter ausbauen. Hauptsache Arbeit, um dem sogenannten, aber in Wirklichkeit nicht gegebenen, allgemeinen Fachkräftemangel zu begegnen.

## **Der Altenquotient verschlechtert sich – na und**

Es war schon immer so und wird auch nie anders sein, dass in jeder Volkswirtschaft die Jungen, die noch nicht im Berufsleben stehen, und die Alten, die ihr Arbeitsleben beendet haben, von der jeweils arbeitenden Bevölkerung alimentiert (bezahlt) werden müssen. In Deutschland wurde dazu ab den 1950er Jahren der „Generationenvertrag“ geschlossen, der aber heute auf Grund des demografischen Wandels nicht mehr tragen würde. Der Altenquotient, der das Verhältnis der Nicht-mehr-Erwerbstätigen (ab 65-Jährige) zu den potenziell Erwerbstätigen (20- bis 64-Jährige) beschreibt, würde sich in Zukunft kontinuierlich vergrößern. Wo aber ist hier das Problem? Schon immer hat es einen demografischen Wandel und in Folge einen Anstieg des Altenquotienten gegeben. Im Jahr 1900 gab es bei einer durchschnittlich viel jüngeren Bevölkerung in Deutschland ein Verhältnis von eins zu zwölf. Auf einen Nicht-mehr-Erwerbstätigen kamen zwölf potenziell Erwerbstätige. 1950 war die Relation eins zu sieben und 1980 nur noch eins zu vier. Heute versorgen drei potenziell Erwerbstätige einen Alten, morgen (2030) seien es noch gut zwei und 2050 kämen statistisch nur noch knapp zwei potenziell Erwerbstätige auf einen Rentner. Dies sei das Ende, wenn wir nicht aufwachen würden, so der „Weckruf“ von Franz Müntefering (SPD) im Sommer

2003 auf einer Betriebsräteversammlung. „Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“ Und Der Spiegel schrieb 2012: „Alle wissen, dass die heutigen Renten nicht mehr zu bezahlen sind, wenn gegen Ende des nächsten Jahrzehnts die Zahl der Ruheständler beständig zu- und die der Beitragszahler kontinuierlich abnimmt.“ Welch ein ökonomischer Unsinn bzw. eine Demografiemystifikation.

### **Gesamtquotient, Arbeitslosigkeit und Produktivität beachten**

In der politischen Diskussion spielen insbesondere die Erwerbsbeteiligung und der Altenquotient eine große Rolle. Der Altenquotient erfasst aber nur ein Teilproblem. Entscheidend ist in einer Gesellschaft das Verhältnis der Erwerbstätigen zu allen Nicht-Erwerbstätigen. Zu letzteren gehören aber, wie schon oben erwähnt, nicht nur die Rentner, sondern auch diejenigen im noch nicht erwerbsfähigen Alter, also Kinder und Jugendliche. Eine alternde Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass zwar mehr Rentner aus dem Bruttosozialprodukt zu versorgen sind, dafür aber auch weniger Kinder und Jugendliche. Insofern stehen zusätzlichen „Belastungen“ auch „Entlastungen“ gegenüber. Dies wird aber nur durch den Gesamtquotienten zum Ausdruck gebracht, der das Verhältnis von Erwerbstätigen zu allen Nichterwerbstätigen beschreibt.

Dennoch entsteht beim Gesamtquotienten eine noch größere Versorgungslast. Und es kommt noch schlimmer, weil bei den Erwerbspersonen die Arbeitslosen, die auch von den Erwerbstätigen zu alimentieren sind, noch nicht berücksichtigt sind. Demnach haben 2013 in Deutschland 41,8 Millionen Erwerbstätige (davon 37,4 Millionen abhängig Beschäftigte, aber nur 24 Millionen Vollzeitbeschäftigte) 39 Millionen Nicht-Erwerbstätige (inkl. Arbeitslose) miternährt und versorgt.

Allein der Abbau der Massenarbeitslosigkeit und die Beseitigung der prekären Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor würden bereits alle sogenannten Demografieprobleme lösen. Schließlich sind selbst bei hoher Arbeitslosigkeit die Versorgungsleistungen für ALLE heute wesentlich besser als in den Jahren 1900, 1950 oder 1990 mit einem vermeidlich günstigeren Alters- oder auch Gesamtquotienten. Der Grund liegt in der enormen Produktivitätsentwicklung.

Auch in Zukunft wird die Produktivität steigen. Bereits unter der Annahme eines Anstiegs der Erwerbstätigenproduktivität von nur einem Prozent, bei anhaltend niedriger Erwerbstätigkeit und hoher Arbeitslosigkeit, steigt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 2010 bis 2060 weiterhin leicht an. Das BIP pro Kopf steigt mit 36 Prozent sogar deutlich. Die Verteilungsspielräume erweitern sich dabei noch einmal wesentlich, wenn eine Steigerung der Erwerbstätigenquo-

te (Abnahme der Arbeitslosigkeit) gelingt. Dann kann das BIP pro Kopf sogar bis 2060 um 45 Prozent zulegen. Enger werden die Verteilungsspielräume erst dann, wenn die Entwicklung der Erwerbstätigenproduktivität auf 0,5 Prozent sinkt und kein Anstieg der Erwerbstätigkeit gelingt.

### **Entscheidend ist die zukünftige Verteilung der Wertschöpfung**

In jeder Volkswirtschaft resultiert der ökonomische Ertrag aus nichts anderem als aus der Wertschöpfung durch Arbeit und Naturgebrauch. Wer auch sonst sollte die Rendite des Kapitals und das Leben der Nichterwerbstätigen jungen und alten, kranken und arbeitslosen Menschen bezahlen, wenn nicht die arbeitende Generation. Somit steht außer Zweifel, dass die abhängig Beschäftigten nicht nur ihre Arbeitskosten, das direkte Arbeitsentgelt plus der Lohnnebenkosten selbst verdienen, sondern darüber hinaus auch die Besitzeinkommen, den Mehrwert, also den Gewinn, die Zinsen, Pacht und Miete. Kapital und Boden geben zwar während des Produktionsprozesses einen Wert im Rahmen ihrer jeweiligen Nutzung (Abschreibung) ab, sie schaffen aber nur durch den Einsatz von lebendiger Arbeit einen entsprechenden Neuwert oder Mehrwert (Gewinn). Denn Geld oder Kapital „arbeiten“ nicht, sie „erwirtschaften“ auch keine Rendite. Vielmehr stellen diese vermeintlich selbständigen, scheinbar durch Dinge verursachten Anteile der gesellschaftlichen Wertschöpfung nur unterschiedliche Erscheinungsformen des Mehrwerts, also menschlicher Mehrarbeit, dar. Adam Smith, der Klassiker der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung, schreibt dabei schon 1776 über die einzig neuwertschaffende Arbeit:

„Die jährliche Arbeit eines Volkes ist die Quelle, aus der es mit allen notwendigen und angenehmen Dingen des Lebens versorgt wird, die es im Jahr über verbraucht. (...) Zwei Faktoren bestimmen in jedem Land die Pro-Kopf-Versorgung: Erstens die Produktivität der Arbeit als Ergebnis von Geschicklichkeit, Sachkenntnis und Erfahrung, und zweitens das Verhältnis der produktiv Erwerbstätigen zur übrigen Bevölkerung. Von beiden Umständen muß es jeweils abhängen, ob in einem Land das Warenangebot im Jahr über reichlich oder knapp ausfällt, gleichgültig, wie groß ein Land ist oder welchen Boden und welches Klima es hat.“

Entscheidend ist dabei aber am Ende, wer erhält hier wieviel von der Wertschöpfung bzw. wie wird die tatsächliche Verteilung der Pro-Kopf-Einkommen zwischen Lohn und Mehrwert (Gewinn, Zinsen, Mieten und Pachten) unter Armen und Reichen sowie Jungen und Alten ausfallen. Wenn es dabei einzelnen Gruppen gelingt, Erhöhungen des individuellen Einkommens zu realisieren, die oberhalb der gesamten Einkommenssteigerungsraten liegen, dann müssen andere Gruppen automatisch entsprechend verzichten. Entscheidend für den Erhalt des Sozial-

staats und den Erhalt einer solidarischen Gesellschaft ist es deshalb, dass die Früchte des gesellschaftlich arbeitsteilig generierten Produktivitätsfortschritts möglichst auch Allen zu Gute kommen. Entwickelt sich die funktionale Verteilung weiter so disproportional zu den Vermögenseinkünften aber auch zu den höheren Lohneinkommen wie unter dem neoliberalen Umverteilungsparadigma in der Vergangenheit, so ist das Schlimmste zu befürchten: Dann folgt eine politisch, aber nicht demografisch vorprogrammierte Altersarmut und ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft.

Die Voraussetzungen zur Erreichung einer gesetzlichen Rente jenseits des Grundsicherungsniveaus steigen in Zukunft erheblich an, durch Mini-Jobs, versicherungsfreie (Solo-) Selbständigkeit sowie die ungehemmte Ausbreitung von Niedriglöhnen – wie auch die mit der „Riester-Reform“ begonnene Senkung des Rentenniveaus auf nur noch 43 Prozent im Jahre 2030. Der Rentenexperte Johannes Steffen beschreibt die Entwicklung so: „Die Akzeptanz der gesetzlichen Rente als Pflichtversicherungssystem gerät in Gefahr und private Altersvorsorge ist für Geringverdiener unattraktiv, da sie trotz staatlicher Förderung nicht in der Lage ist, die politisch aufgerissenen Sicherungslücken zu schließen.“ Eigentlich gäbe es aber hierfür in Deutschland keinen Grund. Man muss sich nur einmal die Verteilung der Wertschöpfung in 2013 anschauen. Hier betrug das verteilbare Volkseinkommen 2,1 Billionen Euro. Die abhängig Beschäftigten haben davon als Arbeitnehmerentgelte (inkl. der sogenannten Arbeitsgeberbeiträge zur Sozialversicherung) 1,4 Billionen Euro, also Zwei-Drittel, erhalten und die Empfänger der Besitzeinkommen 0,7 Billionen Euro. Und schaut man sich nur seit der Wiedervereinigung die Zuwächse beim Vermögen der privaten Haushalte an, so stellt man fest, dass die kumulierte Ersparnis bei fast 3,6 Billionen Euro liegt. Hinzu kommt noch ein Vermögensaufbau bei den Unternehmen von 827 Mrd. Euro und im Finanziellen Sektor von 361 Mrd. Euro. Dies Vermögen ist nur völlig ungleich verteilt, wie es mittlerweile alle Spatzen von den Dächern pfeifen. Also, Finanzierungsprobleme im Hinblick auf die Demografie gibt es nicht. Es sind Verteilungsprobleme!

### **Was wäre zu tun?**

Was ist bei all dieser negativen Umverteilungsentwicklung der letzten Jahrzehnte zu tun? Schon eine andere Wirtschaftspolitik, die sich intensiv um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit bemüht, kann in der Demografiefrage viel Positives bewirken. Arbeitslosigkeit schafft Ängste, nicht nur bei den Arbeitslosen, auch bei den noch Beschäftigten, und Arbeitslosigkeit schränkt ebenso die Lebensperspektiven nachhaltig ein. Wer kein auch nur einigermaßen planbares Leben führen kann, der überlegt es sich dreimal, ob er Kinder in die Welt setzen

soll. Insofern ist die demografische Entwicklung auch immer ein Spiegelbild der realen, existenziellen Bedingungen in einer Volkswirtschaft. Je mehr die Arbeitslosigkeit abgebaut wird, umso besser ist die Einnahmensituation in der gesetzlichen Rentenkasse und die Gesellschaft wird von enorm hohen Kosten (Arbeitslosengeld, Steuer- und Sozialversicherungsabgabenausfälle), die durch die Arbeitslosigkeit entstehen, entlastet. Von 2001 bis 2011 lagen diese Kosten jährlich bei durchschnittlich 74 Milliarden Euro.

Ein wesentlicher Baustein bei der Demografiefrage muss darüber hinaus eine größere Verteilungssolidarität beim Einkommen und Vermögen sein. Die Umverteilung zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen muss durch eine uneingeschränkte produktivitätsorientierte Reallohnpolitik, die zumindest eine zukünftige Verteilungsneutralität garantiert, endlich zum Stoppen gebracht werden. Der völlig disproportionalen Verteilung der Vermögensbestände ist außerdem durch eine adäquate Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung zu entgegnen. Hierdurch wird gleichzeitig Wachstums- und Beschäftigungspotenzial generiert und damit letztlich wieder verteilbare Wertschöpfung geschaffen. Entscheidend werden dann aber sein, alle Faktoren der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, also Löhne/Gehälter, Zinsen, Mieten/Pachten und Gewinne, an der Finanzierung der demografischen Veränderungen paritätisch zu beteiligen. Dann würden nicht nur dem „Faktor“ Arbeit die Lasten auferlegt, sondern auch alle anderen Empfänger der Wertschöpfung von den Zins-, Miet- und Pachteinkünften bis hin zu den Gewinneinkünften in solidarischer Form an der Finanzierung beteiligt. Der Alternativvorschlag „Wertschöpfungsfinanzierung“ macht es manifest, auch bei aller zu erwartenden demografischen Veränderung, dass es, wie oben gezeigt, einen gewaltigen Finanzierungsspielraum für eine in Zukunft gegebene sichere Versorgung in Deutschland gibt. Man muss es politisch nur wollen. Die ökonomischen Voraussetzungen in der hochproduktiven deutschen Volkswirtschaft mit einem Wertschöpfungsanteil von rund 75 Prozent bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sind jedenfalls allemal vorhanden.

---

Zuerst erschienen in: Gegenblende, 6. November 2014